



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN DER REPUBLIK SÜDAFRIKA

PRETORIA, den 21. August 1978  
P. O. Box 2289

Ref.: 350.0

25		KH	SW				
28.8	13.10.						
EPD	20.08.78	10					
R: f. p. A. 15. 32. Afr. Sudl.							

Politische Direktion  
Eidg. Politisches Departement

3003 Bern

p. B. 73. Afr. Sudl. O.

Radikalisierung des "South African Council of Churches" (SACC).

Herr Botschafter,

Der SACC ist heute die grösste und aktivste anti-Apartheidsorganisation in Südafrika, nachdem am 19. Oktober des vergangenen Jahres alle "Black Consciousness"-Bewegungen zerschlagen worden sind.

Allerdings ist der SACC keine einheitliche "pressure group", denn die 24 Kirchen und 12 kirchlichen Organisationen, welche darin zusammengeschlossen sind, verfolgen - insbesondere was die Frage radikale/gemässigte Politik anbetrifft - verschiedene Kurse. So sollen insbesondere diejenigen Mitgliederkirchen, in denen die Weissen noch eine wichtige Rolle spielen (Methodisten, Presbyterianer, aber auch z.B. die von einem schwarzen Bischof präsiidierte Evangelische Lutherische Kirche und die katholische Kirche) eine bedeutend gemässigtere Linie vertreten als die rein "schwarzen" Kirchen.

Sprachrohr des SACC ist dessen Vorstand und insbesondere dessen Generalsekretär, Bischof Desmond Tutu, der vorher anglikanischer Bischof von Lesotho war und diesen neuen Posten im vergangenen März von John Rees übernommen hat (mit welchem ich seinerzeit ein interessantes Gespräch führen konnte - vergl. die Notiz vom 31. Januar 1978).

Bischof Tutu - dem ich kürzlich ebenfalls einen Besuch abstattete - gibt sich bedeutend weniger zurückhaltend als sein Vorgänger und nimmt bei seinen politischen Aussagen kein Blatt vor den Mund.

Sowohl während unseres persönlichen Gesprächs wie auch bei verschiedenen anderen Gelegenheiten erklärte Tutu, er sei zwar ein Mann der Versöhnung und gegen eine gewaltsame Lösung in Südafrika; auf der anderen Seite müsse sich jedoch die Kirche offen und aktiv für eine Aenderung der Verhältnisse

einsetzen. Die "Befreiung" werde auf jeden Fall früher oder später eintreffen; falls dies nicht bald auf friedlichem Wege geschehe, sei ein Blutbad nicht auszuschliessen. Bischof Tutu unterstützt die Forderung der weissen Oppositionspartei, der Progressive Federal Party, nach einer nationalen Konvention, an welcher alle Bevölkerungsgruppen teilnehmen und gemeinsam eine neue Regierungsform ausarbeiten sollen. Die Aenderungen in Südafrika müssten die Teilung der Macht im Staat und politische Rechte für die Nicht-Weissen (auf der Basis one man - one vote) beinhalten. Die Kirche suche keine Konfrontation mit den staatlichen Behörden; sie lasse sich aber nicht dreinreden und vorschreiben, wie weit sie gehen dürfe. Wer gegen den SACC arbeite, stehe auf der verlierenden Seite!

Nach Ansicht vieler Beobachter (mit denen ich in meiner Einschätzung übereinstimme) hat Bischof Tutu - im Gegensatz zu seinem Vorgänger - eindeutig politische Aspirationen.

Er sähe sich wohl gerne in einer Führungsrolle, ähnlich derjenigen von Bishop Muzorewa in Rhodesien. Er hat sich kürzlich in England auch an der alle 10 Jahre stattfindenden Weltkonferenz der anglikanischen Bischöfe sehr aktiv hervorgetan und auch mit Aeusserungen gegen die Apartheid nicht zurückgehalten. Ferner hat er vor einigen Tagen die Gewährung eines grösseren finanziellen Beitrages durch den Weltkirchenrat an die rhodesische "Patriotic Front" ausdrücklich begrüsst.

Auch andere (schwarze) Mitglieder des Vorstandes des SACC geben sich politisch sehr radikal und vertreten "Black-power"-Parolen.

Anlässlich der kürzlich durchgeführten jährlichen Konferenz des SACC hat sich dieser u.a. ausführlich mit der Frage ausländischer Investitionen befasst.

Auch hier scheint es, dass diese Organisation und ihre Führer ihren Standpunkt gegenüber früher schärfer artikuliert haben. In einer von der Konferenz verabschiedeten Resolution (vergl. den Text in der beiliegenden Kopie aus "The Voice" vom 22. Juli d.J.) wird u.a. vermerkt, dass mehr und mehr südafrikanische Schwarze ausländische Investitionen verwerfen (gegen diese Behauptung müssen allerdings erhebliche Zweifel vorgebracht werden; so z.B. spricht sich die Inkatha-Bewegung von Chief Buthelezi ausdrücklich gegen wirtschaftliche Sanktionen oder einen Stop der Investitionen aus). Im weiteren werden die ausländischen Investoren vom SACC aufgefordert, ihre Investitions- und Beschäftigungspolitik einer Revision zu unterziehen und dafür zu sorgen, dass die gesamte Bevölkerung davon profitiere. Als "Guideline" für Investoren werden immer noch die im letzten Jahr aufgestellten Regeln (von denen ich Ihnen in meiner Notiz vom 31. Januar 1978 eine Kopie zustellte) betrachtet.

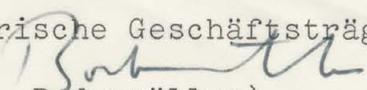
Der SACC diskutierte an seiner Generalversammlung ferner über die Frage der Unterstützung einer gewaltsamen Lösung durch die Kirchen. Die Propagierung einer "gerechten Revolution" in Südafrika wurde zwar abgelehnt. Hingegen wurde ein "Background Paper" über die Möglichkeit eines "gerechtfertigten Widerstandes" ("justifiable resistance") als "letztes Mittel" verabschiedet und an die einzelnen Kirchen zur "internen Diskussion" und "Berichterstattung" über ihre Haltung übergeben. Diese Debatte (wie auch diejenige über Investitionen) fand hinter verschlossenen Türen statt, da sowohl die offene Empfehlung von wirtschaftlichen Boykottmassnahmen gegenüber Südafrika wie auch von gewaltsamem Widerstand gemäss dem "Terrorism Act" strafbar sind.

Es ist angesichts der herrschenden Situation in Südafrika selbstverständlich, dass sich sowohl der SACC wie auch Bischof Tutu und seine Mitarbeiter durch ihr herausforderndes Verhalten sehr exponieren und riskieren, dass die Regierung zum gegebenen Zeitpunkt gegen sie Massnahmen ergreifen könnte (die Möglichkeiten sind bekannt: Sie reichen vom Verbot der Organisation über die Beschlagnahmung ihres Vermögens bis zur Verhaftung oder "Bann" ihrer Führer). Sowohl Bischof Tutu wie auch einzelne seiner Mitarbeiter wurden kürzlich bereits von der Sicherheitspolizei während einigen Stunden einvernommen. Der Generalsekretär des SACC selber schliesst ein Zuschlagen der Sicherheitskräfte gegen seine Organisation und gegen ihn selbst in absehbarer Zeit nicht aus. Er meint, dass die Mehrheit der Weissen einen solchen Schritt sogar begrüessen würde, da der SACC sowieso als "von Schwarzen dominiert" und als eng mit dem Weltkirchenrat (=Unterstützung des Terrorismus") liiert gelte (was in Tat und Wahrheit nicht stimmt!).

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die kirchlichen Organisationen tatsächlich der Regierung Vorster - und insbesondere deren Justizminister, Jimmy Kruger - ein Dorn im Auge sind. Kruger hat erst vor einigen Tagen anlässlich eines Parteikongresses festgestellt, dass sich die "Black-Consciousness"-Leute vermehrt hinter kirchliche Organisationen verschanzen würden und versuchten, dadurch ihre Aktivitäten zu tarnen. Ein Indiz dafür, dass Kruger nicht zögern würde, gegebenenfalls zuzuschlagen, ist die Tatsache, dass in den vergangenen Wochen und Monaten insgesamt 30 Mitglieder der katholischen "Young Christian Workers" z.T. in Sicherheitshaft genommen, z.T. wegen "Konspiration" unter Anklage gestellt wurden. 20 von ihnen sind allerdings in letzter Zeit wieder freigelassen worden.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.

  
(R. Bodenmüller)